

Mittwoch den 7. Juni 1916.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 7. Juni 1916.

## Kriegerfrauen, habt acht beim Abschluß von Versicherungen!

Der Verein „Heimatbank“ in Plauen (Vogtland) sieht sich veranlaßt, folgende Mahnung zu veröffentlichen: Es ist wiederholt die Aufmerksamkeit gemacht worden, daß Agenten von Versicherungsunternehmen ihre Aufgabe darin sehen, Kriegerfrauen für sich und ihre Kinder zum Abschluß von Versicherungen zu bewegen. Die Agenten sind sich über die Tragweite der Verpflichtungen, die sie dabei eingehen, meistens im Unklaren. Wenn sie dann um Bezahlung der Prämien gedrängt werden, die sie aus ihren eigenen Mitteln aufzubringen können, wenden sie sich an den „Heimatbank“ in Plauen, um die Prämien für die Frauen für sie bezahlen zu lassen. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß der Verein „Heimatbank“ für solche Versicherungen, die von den Frauen jetzt erst während des Krieges abgeschlossen werden, keinesfalls eine Bezahlung der Prämien übernimmt. Ist eine solche Versicherung abgeschlossen und die Frau nicht in der Lage, die übernommene Verpflichtung regelmäßiger Prämienzahlung durchzuführen, verliert sie auch noch die bereits eingezahlten Beträge. Es ist also in der Tat Vorsicht vor unklaren Agenten am Platze! Werden die Frauen auf die „Vollversicherung“ verwiesen, bleiben sie vor solchen empfindlichen Schädigungen bewahrt; denn in erster Linie hat ein Vertrauensmann der „Vollversicherung“ die Pflicht, die Verhältnisse der Versicherenden genau zu prüfen, und zweitens ist der vergütungslose Verfall bei dauernder Einstellung der Prämienzahlung ausgeschlossen. Man möge deshalb versicherungslustige Kriegerfrauen auf die „Vollversicherung“ aufmerksam machen!

## Aus der Rechtsprechung des Oberversicherungsamtes Wiesbaden.

Mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung hat die Rechtsprechung vor den Oberversicherungsämtern eine erhöhte Bedeutung erlangt. In der Mehrzahl der Streitfälle geht es um den Umfang, Inhalt und Involuntarversicherung in das Oberversicherungsamt höchste Instanz. Nur ein Bruchteil der Streitfälle kann dem Reichsversicherungsamt einer Nachprüfung unterworfen werden. Dieser erhöhten Bedeutung scheint sich aber das Rgl. Oberversicherungsamt zu Wiesbaden nicht bewußt zu sein. Gerade während des Krieges sind hier Urteile gefällt worden, die mit der seitens Spruchgremiums in offenkundiger Weise übereinstimmen. An Handen einiger Fälle wollen wir zeigen, welche Entwicklung die Dinge genommen haben:

Der Rentner A. W. in Frankfurt a. M. erlitt am 14. Mai 1915 eine Verletzung des linken Auges. Er wurde von Dr. Kurzgeube in Frankfurt a. M. behandelt. Dieser stellte in seinem Schlussgutachten fest, daß die Verletzung nur nach einem fünfjüngstigen Unfall betrage. Die Verletzung von nur einem fünfjüngstigen Unfall dürfte in der Praxis gleich Null zu erachten sein. Der Gutachter brachte eine Rente von 25 Prozent, einen an sich schon niedrigen Satz, in Vorschlag. Trotzdem legte die Genossenschaft nur eine Rente von 15 Prozent fest. In keiner Berufungsinstanz wird der Sachverhalt darauf hin, daß er faktisch in der Lage eines Einäugigen ist, neu sei der Einwand, die Rentenhöhe sei nicht ausschließlich auf Grund des ärztlichen Gutachtens, sondern nach der Arbeitsverhältnisse und den Lebensverhältnissen festzusetzen. Die Genossenschaft behauptete, daß sie in der Praxis auch nur einmal umgekehrt entschieden sei. Verleiht ein Verleiher einen weit geringeren Betrag, dann erklärt die Genossenschaft: Das geht uns gar nichts an; es erhält eben eine Rente nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, und der Arzt hat eben nur 25 Prozent festgesetzt, und damit basta. Der Verleiher wies darauf hin, daß es ihm während des Krieges in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit und der herrschenden Teuerung lediglich gelungen sei, seinen alten Lohn zu erhalten. Er fragte auch, was er nun geschehen solle, wenn der Krieg vorüber und die jungen Arbeitskräfte (er selbst ist über 60 Jahre alt) ihre Arbeitsplätze wieder besetzen. Was soll dann ein alter Mann, der ein Auge verloren hat, noch anfangen? Das Oberversicherungsamt aber legte seine Entscheidung: „Nach dem Gutachten des Dr. Kurzgeube ist die Verletzung auf dem verletzten linken Auge des Klägers als ein fünfjüngstiger Unfall infolge des Unfalls herabzusetzen und die noch vorhandene Gehörlosigkeit kommt praktisch nicht in Betracht. Gleichwohl vermochte sich das Oberversicherungsamt der Ansicht des Dr. Kurzgeube (des Arztes der Genossenschaft, D. V.), infolge des Verlustes der Sehkraft des linken Auges Klägers in seiner Erwerbsfähigkeit um 25 Prozent auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschädigt ist, nicht anzuschließen. Allerdings wird der Verlust eines Auges in der Regel mit 25 Prozent (entsprechend mit 25 bis 33 1/2 Prozent, D. V.) entschädigt.“ Aber — heißt es dann weiter — der Mann verdient seinen alten Lohn, und infolgedessen bekommt er nur 15 Prozent. Dieser Logik folgend hätte das Oberversicherungsamt auch sagen können: er braucht gar keine Rente. Das zum Schluß heißt es dann: „Nach § 1700 Ziff. 7 ist der Refus der Entscheidung ausgeschlossen.“ Trotz der eigenartigen Zusammenfassung des Reichsversicherungsamtes sind wir der Überzeugung, daß diese höchste Instanz dieses Urteil, das seiner eigenen Präzedenz entgegensteht, aufgehoben hätte, wenn — ja wenn — ein Rechtsmittel zulässig wäre.

Ein anderer Fall: Die Arbeiterin B. beantragte bei der Landesversicherungsanstalt Hessen-Rhön die Gewährung der Invalidenrente. Der Antrag wurde abgelehnt. Nachdem gegen den Ablehnungsbescheid Berufung eingelegt und noch ein Obergerichtsurteil war, erklärte sich die Versicherungsanstalt bereit, die Rente zu zahlen. Der Vorsitzende des Oberversicherungsamtes teilte der folgenden mit: „Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Hessen-Rhön in Kassel hat sich bereit erklärt, Ihnen die Invalidenrente von 14,05 Mark vom 1. Januar 1915 ab zu zahlen. Ich erlaube mir daher um baldige Mitteilung, ob Sie damit einverstanden sind und Ihre Berufung vom 24. Dezember 1914 zurücknehmen.“ Darauf antwortete die B.: Nachdem die Landesversicherungsanstalt bereit erklärt hat, mir ab 1. Januar 1915 die Invalidenrente zu zahlen, siehe ich hierdurch meine Berufung gegen den Bescheid vom 18. Dezember 1914 zurück. Ich bitte die Landesversicherungsanstalt veranlassen zu wollen, mir nun auch baldigst einen Rentenbescheid zuzuschießen.“

Als der Bescheid da war, stellte sich heraus, daß die Landesversicherungsanstalt eine größere Anzahl Krankheitsrenten nicht bewilligt hatte und daher die Rente höher sein mußte. Die B. legte Berufung gegen diesen Bescheid ein und beantragte die Anrechnung der nachgewiesenen Krankheitsrenten. Vorher festzustellen, ob die Rente richtig berechnet war oder nicht, war unmöglich, weil die Invalidenrente nicht den Aufrechnungsbedingungen in den Bescheiden der Versicherungsanstalt waren. Und wie entschied in diesem Falle unser Rgl. Oberversicherungsamt? „Durch den Bescheid der Landesversicherungsanstalt vom 11. November 1915 ist die Klägerin lediglich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die diesbezügliche Rente ausgerechnet wurde, mit deren Bewilligung sie sich im Vergleichsweg einverstanden erklärt hat; ihre jetzige Berufung ist also allein zu dem Zweck

eingelegt, eine Änderung des Vergleichs zu ihren Gunsten zu erwirken. Das ist aber unzulässig, weil der Vergleich ordnungsgemäß zustande gekommen ist. (Sie hatte gar keine Möglichkeit der Nachprüfung, D. V.) Denn die Klägerin hat, als ihr durch Schreiben des Oberversicherungsamtes vom 18. November 1915 auch die Höhe der Rente bekannt geworden war, ihre Berufung gegen den Rentenabrechnungsbescheid vom 18. Dezember 1914 ohne Vorbehalt zurückgezogen. — Die Revision ist nach § 1606 Ziff. 1 ausgeschlossen.“

Wir waren bisher gewohnt, im Verkehr mit Agenten der verschiedenen Versicherungsgesellschaften mit einer bestimmten Art von Anfechtung allerlei Vorbehalte zu machen; nach dieser Feststellung des Oberversicherungsamtes wird man gut tun, diese Maximen auch im Verkehr mit den Spruchgremien in der Arbeiterversicherung in Anwendung zu bringen.

Des Lebens müde. Gestern erlöschte ein Mann, nachdem er noch Gift zu sich genommen hatte, der Leiter der Kapelle des Vereins ehemaliger 13er Infanterie, Sergeant a. D. Hofmann, Königsstraße. — Dann machte auf dem israelitischen Friedhof der Agent Jonas seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Was diesen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht aufgeklärt.

## Sammelwesen für Kriegsbeschädigte.

Der Ausschuss für Kriegsbeschädigten-Fürsorge, Frankfurt am Main, hält es für angebracht, die Öffentlichkeit wiederholt auf das Sammelwesen für Kriegsbeschädigte aufmerksam zu machen.

In der verschiedensten Form bestehen es Leute, für die die Kriegsbeschädigten nur das Mittel zum Zweck sind, den Geldbeutel der Leute zu öffnen, die gerne für unsere zu Schaden gekommenen Krieger Opfer bringen wollen. Einmal wird die eine, das andere Mal die andere Gruppe der Beschädigten (wie jüngst der an beiden Händen oder Armen Verkrüppelten) zum Zwecke der Sammlung benutzt. In der Regel sind es immer die „ärmsten“ der Beschädigten, um die sich dann der Sammler annimmt. Das Geld ist meist irgend wohin nach auswärtig zu senden und dem Spender ist keine Möglichkeit gegeben, zu prüfen, was mit dem Geld geschieht.

Durch den Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Berlin wurde jedoch in einer ganzen Anzahl solcher angeblicher Fürsorge-Unternehmungen nachgewiesen, daß persönliche oder die Vereinerung einer Gruppe die Triebfeder der Fürsorge war.

Es sei deshalb nochmals gewarnt, auf Aufrufe von auswärtig ohne Prüfung Spenden zu gewähren.

Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge ist heute durch das ganze Reich organisiert und auch amtlich anerkannt. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden leitet unter dem Vorsteher des Landeshaupmanns Krefel (Wiesbaden) ein Landesauschuss die Organisation der Kriegsbeschädigten-Fürsorge; diesem angegliedert hat der Ortsauschuss Frankfurt a. M. unter dem Vorsteher des Herrn Dr. Hallgarten die Aufgaben der Fürsorge für alle bedürftigen Kriegsbeschädigten in unserer Stadt übernommen.

Die Geschäftsstelle für beide Ausschüsse befindet sich in Frankfurt a. M., Weichstraße 16, parterre, Fernruf Amt Hanja 1117.

Wer deshalb für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge etwas spenden will, stelle dies dem Ausschuss für Kriegsbeschädigten-Fürsorge zu Frankfurt a. M. zur Verfügung; insofern nach auswärtig gesendet werden soll, dürfte es für die Geber ratsam sein, sich über das Unternehmen, an welches sie stiften wollen, bei dem Frankfurter Ausschuss zu erkundigen, um so nicht von unwürdigen Ausgenützten zu werden.

Falsches Gerücht. Vom Lebensmittelamt wird uns mitgeteilt, daß die in dieser Stadt umlaufenden Gerüchte, monach große Mengen Fett und Butter schlecht geworden und von der Stadtverwaltung Seifenfabriken zur Verarbeitung übergeben seien, falsch sind und jeder Unterlage entbehren. Die Urheber der Gerüchte sollen, wenn die Namen festgestellt werden können, gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Erlaß für Kasse und Lot. Der Kriegswirtschaftliche Ausschuss beim Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung hat eine von Stadthalter Herrmann (Frankfurt a. M.) verfaßte Flugchrift herausgegeben, welche eine Anleitung zum Sammeln und zur Verarbeitung einheimischer Erzeugnisse gibt. Die Schrift ist in einem Exemplar von der Geschäftsstelle des Verbandes (Frankfurt a. M., Paulaplatz 10) kostenlos zu beziehen. An Gemeinden, Behörden, Schulen, gemeinnützigen Körperchaften usw. wird die Schrift in größeren Mengen zum Selbstkostenpreis von 3 Pfg. pro Stück abgegeben.

## Aus dem Kreise Wiesbaden.

Biedrich, 6. Juni. (Achtung!) Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im „Raiser Wolf“: außerordentliche Ausschusssitzung. Da die am 10. Mai d. J. vorchriftsmäßig einberufene ordentliche Ausschusssitzung infolge ungenügender Beteiligung der Ausschussmitglieder nicht beschlußfähig war, werden die Ausschussmitglieder dringend ersucht, zu dieser außerordentlichen Ausschusssitzung pünktlich zu erscheinen. Eine Reihe wichtiger Punkte steht zur Tagesordnung.

## Aus den umliegenden Kreisen.

Griesheim, 6. Juni. (Ein Kind verschwunden.) Seit dem 27. Mai wird der sechsjährige Sohn der Witwe Reuß vermisst. Vermutlich ist der Junge in den Main gefallen und ertrunken.

Griedheim, 7. Juni. (Der Kartoffelverkauf) soll in Zukunft dahin geregelt werden, daß die Abgabe, pro Person 10 Pfund für eine ganze Woche erfolgt. Der Verkauf findet abwechselnd in den Höfen der Herren Stork und Stutenrecht statt von Mittwoch bis Freitag von 2 Uhr ab.

Som Untermain, 6. Juni. (Billiges Licht.) Die Main-Kraftwerke liefern allen Hausbesitzern und Mietern, die sich dem Stromnetz im Laufe des Sommers anschließen, den Lichtstrom bis 1. Oktober d. J. unentgeltlich.

Sonan, 7. Juni. (Aus der Strafkammer.) Wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an einem kleinen Mädchen, wurde der 16jährige Fabrikarbeiter Karl Staub aus Wilschhausen zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Wegen Fahradiebstahls im Waldau erkannte die Strafkammer gegen den 46 Jahre alten vorbestraften Fuhrmann Georg Meberer aus Nürnberg auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre, Ehrverlust. — Wegen Rinderdiebstahl hat sich die Ehefrau Elise Michel geb. Freund von hier vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Vorprozeß Hermann Ebender beschäftigt das Schwurgericht erst in seiner Verurteilung.

Sonan, 7. Juni. (Gefährliche Schiffe mit scharfer Munition) findet Donnerstag den 8. Juni, vormittags von 9 bis 11 Uhr, im Gelände zwischen Weiskopfheim-Berg und Niederfelden-Oberfelden-Wachenhausen-Hochstadt statt (große Wälder). Das Betreten des gefährdeten Geländes, dessen genaue Grenzen durch an den Wegen aufgestellte Posten und Warnungstafeln bezeichnet werden, ist am Donnerstag von 9 bis 11 Uhr vormittags verboten. In der Zeit von 9 bis 10. Juni findet kein Schießen statt.

Darmstadt, 6. Juni. (Eifersuchtsstat.) Ein Feldwebel versuchte heute früh ein 21jähriges Dienstmädchen, mit dem er ein Verhältnis unterhielt, in dessen Wohnung zu töten. Er verletzte es durch Messerstiche so schwer, daß es in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt werden

mußte. Der Täter, der aus Eifersucht handelte, wurde verhaftet.

Darmstadt, 6. Juni. (Dunkle Nächte.) In der heutigen letzten Sitzung des Schwurgerichts stand die entscheidende Sitzung in Offenbach, der ein junger Sanitätsunteroffizier zum Opfer fiel, zur Aburteilung. Auf der Anklagebank saßen der 33 Jahre alte Georg Hörr aus Werlau und der 27jährige Johann Schürer aus Weingarten, beide Fabrikarbeiter in Offenbach, verheiratet. Bei Kriegsausbruch mußten beide zum Militär, wurden dann aber von der Wehrmacht freigegeben, wo sie beschäftigt waren, reklamiert. Am Sonntag den 5. Dezember d. J. hatten sie bis nachmittags 6 Uhr eine 14stündige Arbeitszeit in der Granatenfabrikation hinter sich. Sie besuchten darauf mehrere Wirtschaften und kamen schließlich gegen 12 Uhr nachts in die Wirtschaft der Witwe Anstiel, Ecke Wald- und Lindenstraße. Hier trank auch der Sanitätsunteroffizier Wilhelm Kiehl aus Hameln, der in der Oberrealschul-Kaserne lag, noch einen Steckschoppen an Arbeitskollegen namens Bombach. Zwischen den Dreien und dem Unteroffizier entwickelte sich alsbald ein anfänglich durchaus harmloser Disput über die Frage, wessen Stellung gefährlicher sei, die des Sanitätsunteroffiziers im Felde, oder die der bei der Granatenunterhaltung beschäftigten Arbeiter. Diese nicht seltene Wirtschaftenunterhaltung artete aber schnell aus, sobald sich die Wirtin veranlaßt sah, schon vor der Zeit Feierabend zu bieten. Während der Unteroffizier noch etwas in der Wirtschaft verblieb, um weiteren Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen, verließen die Drei prompt die Wirtschaft. Sie hielten sich aber noch längere Zeit auf der Straße auf, sodaß die beiden Gruppen nochmals mit dem Unteroffizier zusammenstießen. Angeführt von Hörr aufgeschwungen, ging Schürer ohne weiteres auf den Unteroffizier los und schlug ihm die Kugel vom Kopf, warf schließlich auch den Kopf zu Boden. Hörr sprang nun auf den Boden der Erde liegenden Soldaten zu, entriß ihm das Seitengewehr, schlug mit diesem dem Wehrlosen dreimal über den Kopf und verletzete ihn weiter noch Stiche in den Leib und Oberarm. Der Unteroffizier wurde tot vom Platz getragen, die beiden Täter nach in der Nacht verhaftet. Die Anklage lautete gegen Hörr auf Totschlag, gegen Schürer auf gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung. Die Angeklagten waren unumwunden gekleidet und betrafen sich auf totale Betrunkenheit. Der Sachverständige, Kreisarzt Dr. Küniger (Offenbach), befandete, die Leiche des Soldaten habe aufgewiesen: 3 parallelaufende Wunden am Hinterkopfe, ferner Stiche am Leib, solche Darmtrichter herausdringend (der Darm wurde an drei Stellen getroffen). Schließlich ein Stich in den linken Oberarm, wodurch die Schlagader getroffen und damit eine tödliche Verletzung herbeigeführt wurde. Hörr sagte selbst aus, in seinem Zustande habe er hilflos auf den am Boden liegenden eingeschlagen. Wie der zweite Sachverständige, Direktor Dr. Schneider, darlegte, wurde Hörr in der Godelauer Anstalt auf seinen Geisteszustand beobachtet. Bei Hörrs Mutter und einigen Geschwistern soll Halluzination vorhanden gewesen sein. Es wäre also die Möglichkeit erbliche Belastung vorzuliegen, die aber weder im bisherigen Leben des Hörr noch durch Beobachtung in der Anstalt festzustellen war. Auch eine ausgeprägte Reizbarkeit hat der Arzt nicht beobachten können. Es sei aber zu beachten die außerordentlich seltene Arbeitsleistung, die Hörr wochenlang vollbrachte, daß er dazu wohl nicht zu viel Nahrung zu sich genommen habe, sodaß doch der Alkohol in solche verhängnisvolle Wirkung gelangen konnte. Die Jünger lagen allgemein günstig für die Angeklagten Hörr und Schürer aus. Die Geschworenen verneinten bei Hörr die Frage des Totschlages, bejahten dafür die Frage der Körperverletzung mit tödlichem Erfolg, verneinten aber mildernde Umstände; den Schürer erachteten sie der gemeinschaftlichen Körperverletzung schuldig und billigten ihm mildernde Umstände zu. (Die Geschworenen hatten beim Schuldspruch den Schürer einen Arrium begangen, indem sie anfänglich dazugesetzt hatten, daß Vorwissen nicht als vorhanden zu betrachten sei. Ein solcher Zusatz hätte zur Freisprechung des Schürer führen müssen. Es trat darum ein Verdictungsverfahren ein, in welchem der Zusatz von den Geschworenen gestrichen wurde.) Der Vertreter der Anklage beantragte darauf gegen Hörr eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, gegen Schürer 1 Jahr Gefängnis. Im der Verteidigung mußte der Staatsanwalt befehligen werden, daß er sich im Arrium befand mit der von ihm ausgeprochenen Annahme, daß bei Vergehen mildernde Umstände die Mindeststrafe 3 Jahre Zuchthaus betrage; es könne in solchem Falle auch auf Gefängnis erkannt werden. Das Gericht ging bei der Strafzumessung davon aus, daß die Tat eine höchst rohe und unverantwortliche war, zugunsten der Angeklagten wurden das Gutachten des sachverständigen Psychiaters und sein strafloses Vorleben, wie auch die außerordentlich schwere Arbeitslast berücksichtigt, jedoch eine hohe Angabensliste zu fassen sei und zwar mit 4 Jahren Gefängnis. Schürer, der wegen Diebstahl und ähnlicher Delikte vorbestraft ist, hat zurechnungsfähig das Signal zu der Tat gegeben, aber selbst nicht schwer mithandelt, sodaß 6 Monate Gefängnis als angemessen erscheinen. Beiden wurden je 4 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Während Schürer das Urteil anerkannte, behielt sich Hörr seine Entschuldigungsverweigerung vor.

Darmstadt, 7. Juni. (Freistreiberen auf dem Obhmarkt.) Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde eine dringliche Anfrage an die Regierung gestellt, was bier zu tun gebietet angesichts der jetzt schon zu beobachtenden Freistreiberen auf dem Obhmarkt, namentlich an der Bergstraße. Die Interpellation kommt heute zur Verhandlung.

Weilbach, 7. Juni. (Selbstmord.) Der hiesige Kirchenrechner M. machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Wahrscheinlich haben ihn Familienstreitigkeiten in den Tod getrieben.

## Aus Frankfurt a. M.

## Aus dem Hause Limpurg.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung fand wieder im Zeichen der Erörterung der Lebensmittelversorgung. Zunächst brachte Genosse Wittich eine Reihe von Wünschen vor und machte Vorschläge, wie manches besser gemacht werden könnte. An Vorschlägen hat's bisher nicht gefehlt; leider ist aber nur zu oft tauben Ohren gepredigt worden, hier und anderwärts. Ob das neue Lebensmittelamt das bringt, was die große Mehrheit der Bevölkerung erwartet, muß abgewartet werden. In der gestrigen Erörterung in der Stadtverordnetenversammlung wurde es von verschiedenen Seiten recht skeptisch beurteilt. Und in der Tat, wenn sich der Geist nicht ändert, von dem die führenden Leute in diesem Amt befehl sind, dann wird auch die Neuorganisation wenig Besserung in der Lebensmittelversorgung bringen.

Auffallend war die Schärfe, mit der gestern einige Fortschrittler Kritik an der Lebensmittelversorgung übten. Offenbar sollte dadurch die laze Haltung verbessert werden, die man bei früheren Erörterungen eingenommen hat. Auch in den Kreisen der fortschrittlich gesinnten Bürgerschaft beginnt man jetzt die Ungerechtigkeiten zu spüren, die beim Fleisch- und Eierverkauf zu beobachten sind und die überall starke Erbitterung erregen. Wir schließen das aus der Eingabe des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei betr. die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle. Die Herren Fortschrittler haben eben



bisher die Lebensmittelnot zu wenig am eigenen Leibe gespürt und infolgedessen auch eine recht zurückhaltende Stellung zu den verschiedenen Vorschlägen und Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion eingenommen. Zum Teil haben sie sich sogar schüchtern vor den Zwischenhandel gestellt und Anträge, die auf eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung abzielten, abgelehnt. Um so auffällender war es, wie gestern die Herren Windemald, Gené und Wedel Kritik übten und von dem Magistrat mehr Energieentfaltung und Initiative forderten.

Die Rolle des unfreiwilligen Komikers spielte dabei der nationalliberale Mittelständler Hanis, der allen Ernstes behauptete, bei den Weggern gehe alles einwandfrei zu; vor allen Dingen komme kein Fleisch aus den Sinterkäsen an die zahlungsfähigere Kundenschaft. Unbändige Gekitzeltheit auf allen Seiten des Hauses war die Antwort auf diese von großer Rarität zeugende Behauptung. Es wäre überhaupt besser, wenn Herr Hanis seine „Sachverständigenweisheit“ etwas unter den Scheffel stellte, denn weit her ist's damit wirklich nicht. Aber wie sagte einmal sein Parteifreund Lion? Jeder blamiert sich, so gut er kann.

Zum Schluß griff auch der Herr Oberbürgermeister noch in die Debatte ein. Er wendete sich gegen die Forderung der Massenpeisungen und benutzte dabei die Gelegenheit, den Ruderhamstern, die durch die Bekanntgabe der Sammlerliste in der vorausgesetzten Stadtverordnetenversammlung kompromittiert worden waren, eine kleine Genugtuung zu geben. Er versuchte dabei, eine Zeitung — welche er meinte, sagte er nicht — für die Veröffentlichung der Namen einzelner Ruderhamster verantwortlich zu machen. Dieser Deduktionsversuch war aber um deswillen kein ganz glücklicher, weil der Herr Oberbürgermeister die Liste mit Namen, Straße und aufgegebener Ruderhamster nicht nur bei den Stadtverordneten hatte zirkulieren lassen, sondern auch persönlich der Presse auf die Tribüne gebracht hatte. Im übrigen war's auch gar kein Schaden, daß die Namen einiger dieser Leute bekannt wurden, denn was die Ruderhamster gestern zu ihrer Rechtfertigung durch den Mund des Herrn Oberbürgermeisters vorbringen ließen, war doch zum Teil recht fadenstichig. Jedenfalls denkt ein großer Teil der Bürgerchaft sehr viel anders über die „juristisch gehaltenen Restbestände“, als wie es gestern der Herr Ober der Stadtverordnetenversammlung glaubhaft machen wollte. Auch die Stadtväter nahmen die Rechtfertigung mit stillem Lächeln auf.

Nach Erledigung dieser wichtigen Lebensmittelfrage war das Interesse geschwunden, zumal inzwischen die Nachricht vom Untergang des englischen Schiffes mit dem Stabe Stinchens durch eine telephonische Meldung der „Frankfurter Zeitung“ bekannt geworden war. Die Ausschüsseberichte wurden ohne Debatte erledigt und dann noch in eine geheime Sitzung einberufen.

Frankfurt a. M., 6. Juni.

Die Sitzung wird um 1/2 8 Uhr durch den zweiten Vorsitzenden eröffnet.

#### Vorlagen des Magistrats.

Beim Jahresbericht des Magistrats zum Heiligen Geist, der das erste Mal gedruckt vorliegt, wünscht Niemann (Soz.), daß dieser Bericht allen Stadtverordneten zugänglich gemacht wird. — Zum Ersatz eines neuen Ortsrats betr. Errichtung eines Arbeitsamtes wünscht Zerkow (Soz.) einige Änderungen in den Satzungen. Besonders vermisst er die Wahlprüfung der Stadtverordneten im Amt. Ferner tritt er für Gebühren an die nebenamtlich beschäftigten und zu Sitzungen berufenen Arbeitervertreter ein. Ruad (Korff. Vpt.) ist im allgemeinen einverstanden und empfiehlt Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss. — Zur Teuerungszulage für häusliche Arbeiter, Hilfsarbeiter, Beamte und Lehrer führt Niemann (Soz.) aus, daß er über die Vorlage erfreut ist. Bemerkenswert ist, daß die Zulage auf Einkommen bis zu 5000 Mark ausgebaut wurde; doch sind eine Reihe Leute in die Vorlage nicht einbezogen, so die Hilfskassisten im Schlachthaus, die Tischkassendauer und die weiblichen Angestellten, die in häuslichen Kreisläufen beschäftigt sind. Der Preis dieser Leute müßte noch weiter gezogen werden. Besonders bedürftig sind die Ehefrauen des Hausbesitzes und der Bedürfnisanstalten, die unbedingt eine Zulage nötig haben. Bürgermeister Zupke möchte die Sache im Auge behalten und die Leute bald zu freieren stellen. Das wird ausfallen.

**Zur Organisation der Lebensmittelversorgung**  
und der Verteilung der Lebensmittel für die Lebensmittelversorgung wünscht Ruad (Korff. Vpt.) einen weiteren Vertreter seiner Partei im Lebensmittelamt und schlägt dafür Stadtverordneten Gené vor.

Wittich (Soz.) geht auf die mangelhafte Lebensmittelversorgung ein und empfiehlt allgemeine Speisung an der Speisung durch Volksschulen. Anlässlich der Heierlage fordert er als Ergänzung zum frischen Fleisch Herausgabe von Geflügel und Fleischkonserven. Verteilung müsse werden, daß die Waggons ihre Verkaufsstellen geschlossen halten, aber durch die Sinterkäse verkaufen. Viele Frauen, die tagelange arbeiten, erhalten durch solche Rationierungen nie Fleisch für ihren Haushalt. Im weiteren ist eine Erweiterung der städtischen Wirtschaft notwendig; der Regiebetrieb muß weiter ausgebaut, das Personal besser bezahlt werden. Auch dem Kettenhandel muß Einhalt geboten werden. Bedauerlich sei, daß der Vorkauf, den Redner vor sechs Wochen machte, als Ersatz für Fleisch Spargel in der Waggons Garage aufzulaufen, nicht besetzt wurde. Das Geschäft hat man den Sinterkäse überlassen, die natürliche für entsprechende Verteilung gefordert haben. Der Magistrat hat weiter dafür zu sorgen, daß Beerenobst und Gemüse rechtzeitig eingeliefert und der Bevölkerung zu angemessenen Preisen abgegeben wird. Seine Reaktion sei der Meinung, daß im Fleischverkauf der Regiebetrieb eingeführt werden muß. Wenn es das Wohl des Volkes notwendig macht, darf vor den Interessen eines in Frage kommenden Gewerbes nicht halt gemacht werden. Die Stadt muß Räder, Lampen und Kinder selbst beschaffen und an die Waggons abgeben, die nach bestimmten Grundrissen verfahren. Probefischaktionen mit Schweinen sind nach einer Aufstellung, die er zur Hand habe, gut ausgefallen. Besonders ist die Qualität der Ware gut; die Wurst war außerordentlich schmackhaft. (Die weiteren wichtigen Ausführungen des Redners geben bezeichnenderweise in allgemeiner Kurze der Versammlung weiter.)

Lion (natl.) ist für die Vorlage des Magistrats; es mache sich aber notwendig, im Seniorenkonvent die Angelegenheit nochmals zu besprechen.

Gené (Korff. Vpt.) bringt die Frage der Futtermittelversorgung zur Sprache. Jeder müsse Käufer sein; alle Einkäufe müßten bei einer Kontrolle anfallen. Die in Frage kommenden Rationiermänner müßten mehr Selbständigkeit haben.

Stadtrat Wedekind erinnert den Stadtverordneten Wittich, daß seine Befürwortungen bezüglich der Fleischversorgung zu den Einzelheiten nicht auftrifft, da es gelungen sei, genügend Vieh zur Verteilung zu haben.

Windemald (Korff. Vpt.) geht den Waggons scharf zu Leibe, die das von der Stadt überlassene Fleisch nicht auf legalen Wegen beziehen. Der Magistrat habe hier unbedingt Ordnung zu schaffen. (Zustimmung.)

Hanis (natl.) bemerkt, daß Waggons Fleisch auf dem Wege durch die Sinterkäse verkaufen. (Allgemeines Gelächter und Ohorufe.) Vor sei nichts davon bekannt. Der Regiebetrieb sei der

Dauerware habe sich nicht bewährt. Im übrigen polemisiert er gegen Wittich.

Wedel (Korff. Vpt.) entgegnet Herrn Hanis, daß es ihm bei einigen guten Waggons nicht schwer fallen werde, Waggons zu stellen, die auf andere Weise verkaufen. Wenn er, Redner, die vielen Nebenüberstände, die in der Frage der Lebensmittelversorgung schon gehalten sind und das Resultat vergleicht, so glaube er nicht an Verbesserung. Willst du den Magistrat sei es, stärker zuzugreifen. Das Schicksal der Lebensmittelversorgung darf nicht von einer Person (Stadtrat Lewin) abhängen.

Quaden (Soz.) sagt, daß die Lebensmittelfrage gelommen sei, nur hätte sie den einen bösen Mangel, daß auf diese Karte keine Lebensmittel zu haben sind. Nur solche Leute, die Zeit und Dienst haben, können in den Waggons den Waren. Noch immer sei es ihm ein Rätsel, warum Frankfurt a. M. das schlechte Brot hat, was in anderen Städten nicht der Fall ist. Nur wer Zeit und gute Verbindung hat, kann bisher in Frankfurt Brot. Hoffentlich arbeitet das neue Amt besser und pünktlicher.

Wittich (natl.) erklärt, daß seine Fraktion grundsätzlich für Regiebetrieb sei.

Wittich (Korff. Vpt.) legt der Versammlung auseinander, daß die Lebensmittelfrage nur eine Beschränkungsfarbe darstellt. Er ist in Aussicht, daß das Brot künftig noch schlechter wird, weil jetzt bald der Roggen blüht und das Mehl dann immer arbeitet.

Oberbürgermeister Boigt erklärt zur Massenpeisung, daß es ein Spiel mit dem Feuer wäre, wollte man die Frage über das Brot trennen. Die Organisation muß ausgebaut, aber ein Zwang zur Teilnahme an der Massenpeisung darf nicht ausgeübt werden. Auch technisch läßt sich die Sache nicht so einfach durchführen. In Ruderberg haben sich die politischen Freunde des Herrn Wittich energisch gegen die zwangsweise Massenpeisung erklärt. Eine Verbesserung einer bestimmten Bevölkerungskategorie durch Waggons darf nicht stattfinden. Ein Verbot der Aufbewahrung von Fleischwaren habe auch große Mängel. Weiter gibt der Oberbürgermeister bekannt, daß sich durch Induktion einer kleinen Zeitung einige Überzeugungen, die bei der letzten Judenbestandesaufnahme genannt wurden, vertieft fühlen. Er habe nicht gewünscht, daß die Namen in dieser Form überhaupt bekannt werden und sucht nachträglich das Verhalten einzelner namhaft gemachten Personen zu rechtfertigen. (Warum brachte denn der Herr Ober der Sammlerliste persönlich auf die Journalistentribüne? V. S.)

Wittich (Soz.) meint, der Herr Oberbürgermeister habe scheinbar Angst, auch mit dem Schnupfen in der Hand zur Massenpeisung zu gehen. (Allgemeines Gelächter.) Im übrigen habe der Oberbürgermeister seine Ausführungen nicht verstanden, weil er nicht zugehört habe, wogegen sich der Oberbürgermeister verwahrt.

Der Antrag Wittich auf Herausgabe von Geflügel und Konserven wird angenommen. Dem Antrag Ruad, Vermehrung der Kommission im Lebensmittelamt durch den Stadtverordneten Gené wird ebenfalls zugestimmt.

#### Ausschüsse.

Darauf werden einige Ausschüsse erledigt. Der Wahl eines Bezugsverwalters in den Bezirken 15 II und 16 I wird nach den Vorschlägen der Wahlvereinskommission zugestimmt, ebenso der Wahl von Bezugsverwaltern und Stellvertretern in verschiedenen Bezirken, der Wiederwahl von Mitgliedern und Stellvertretern des Wohnungsausschusses und der Wahl von Armenpflegern. Zur Vernehmung des Aufsichtsrats der Neuen Theater-Aktiengesellschaft sollen von der Stadtverordnetenversammlung die bisherigen Mitglieder der Deputation: Berner, Hellbrunn, Paul Dirsch, Wien und Niemann in Vorschlag gebracht werden. — Zur Einrichtung einer Stroh- und Heuhandlung in der städtischen Gewerkschule werden nach dem Bericht des Schulausschusses (Berichterstatter Gené) 2100 Mark bewilligt. — Einige Eingaben geben an die zuständigen Ausschüsse. — Der Antrag Dr. Kumpf, das Kleinwohnungsproblem und den Kleinhäuserbau betreffend, wird mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit vertagt. — Dann tritt die Versammlung in eine geheime Sitzung. In dieser wird eine Fragebogenliste besprochen, aber kein Beschluß gefaßt. Die Vorlage betreffend die Pensionierung des Herrn Stadtrats Dr. Zerkow und die damit zusammenhängende Einrichtung eines pädagogischen Lehrstuhls an der Frankfurter Universität, die auf Antrag Ruad ebenfalls in geheimer Sitzung besprochen werden soll, wird vertagt.

Schluß der Sitzung 1/2 9 Uhr.

#### Die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt.

Vom Frankfurter Arbeitsamt wird uns geschrieben: Wie im Vormonat herrschte auch im Monat Mai eine lebhaft nachfrage nach Facharbeitern, namentlich der Metallbranche. Die Zahl der Arbeitsuchenden blieb dagegen erheblich hinter derjenigen des Vormonats zurück. Die Steigerung des Vermittlungsergebnisses des Berichtsmonats gegenüber dem Vormonat ist auf die erhöhte Vermittlungstätigkeit in den Abteilungen für ungelernnte männliche Arbeiter und für Waisen- und Waisenfrauen zurückzuführen. Im Metall- wie auch im Holzgewerbe konnten die Arbeitsuchenden reiblos vermittelt werden, die gemeldeten offenen Stellen konnten nur teilweise besetzt werden. Die Vermittlungstätigkeit für Seidler, Tapezierer und Tischler, Maurer, Zimmerleute hob sich gegen den Vormonat, erreichte jedoch nicht diejenige des Monats März. Schneider und Schuhmacher wurden weiter stark verlangt, nur ein Teil der Nachfrage konnte gedeckt werden. Die starke Nachfrage nach Wägern zu Anfang des Monats ließ im Laufe des Monats nach, so daß einige Arbeitslose zu verzeichnen waren. Nach Regnern war auch im Berichtsmonat keine Nachfrage.

In der Landwirtschaft stieg die Vermittlung. In der Gruppe der Ungelernten stieg die Zahl der Vermittlungen um rund 20. Auch in der Abteilung für Jugendliche und Waisen war eine kleine Zunahme zu verzeichnen. In Arbeitsuchenden bestand ein geringes Ueberangebot.

Im Gastgewerbe ließ Angebot und Nachfrage, wie stets nach den Feiertagen, nach. In der weiblichen Abteilung war ein Rückgang gegen den Vormonat zu verzeichnen, der hauptsächlich auf die gewerbliche Abteilung zurückzuführen ist. Die unangenehmen Verhältnisse im Konfektionsgewerbe und in der Heimindustrie mochten sich bemerkbar machen.

In der Abteilung für kaufmännische und technische Angestellte standen 450 Stellen gegen 505 im Vormonat, der Stellenumsatz 3702 gegen 3319 im Vormonat, vermittelt wurden 2289 gegen 2209 für männliche und 1760 gegen 1855 für weibliche.

#### Neues aus aller Welt.

##### Kriegsgefangene in der Schweiz.

Es sind jetzt in der Schweiz im ganzen vielleicht etwa 12.000 franke und invalide Kriegsgefangene aus französischen, deutschen und englischen Gefangenenlagern, die Deutschen zur Hauptfrage in der Zentral- und Ostschweiz. Engländer und Franzosen in der Westschweiz und einzelnen Gegenden des Berner Oberlandes usw. Versuche, auch zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien einen Austausch der franke Kriegsgefangenen herbeizuführen, sind an der ablehnenden Haltung Italiens gescheitert. Dagegen konnte das Abkommen auch auf die Gefangenen in Deutschland und England ausgedehnt werden, und am 30. Juni werden von Konstanz her etwa 500 Engländer nach der Westschweiz reisen, eine etwa gleich große Zahl von franke Deutschen, die in England gefangen gehalten

worden sind, wird über Lyon in der Schweiz einreisen. Natürlich ist das Leben dieser Kriegsgefangenen immerhin einsam, aber sie können sich in den Erntestunden frei bewegen, genießen die schöne Natur, die Bevölkerung zeigt sich freundlich, gelegentlich wird eine Unterhaltung, etwa Koncert oder Theater, dargeboten — und mancher arme Bunde wurde bereits geküßt. Täglich gibt es 400 Gramm Brot. Dreiviertel Liter Milch, Butter und Obst bilden das Frühstück. Das Mittagessen besteht aus Suppe, 175 Gramm Fleisch ohne Knochen, einem Pfund Kartoffeln und 100 Gramm Getreide. Das Nachtessen: Suppe, Käse, Reis, Nudeln usw. Im Sandwerker hat sich mancherlei Beschäftigung gefunden in Werkstätten, die eigens geschaffen wurden.

#### Die Maus im Wirtschaftshaus.

Vor dem Berliner Schöffengericht wurde neulich gegen den „Schriftsteller“ Ernst Kämpf wegen des verurteilten Tötunges verhandelt. Der Angeklagte war im Jahre 1913 als Journalist für eine dortige Zeitung tätig. Eines Tages, in der Zeit der lauren Gurke, erklärte er einem Kollegen, daß er 1000 Mark brauche, da die Scheidung von seiner Ehefrau ihn viel Geld gekostet habe. Er entwickelte dann einen seltsamen Plan, sich diese 1000 Mark zu verschaffen: Er wolle, einmal in einem großen Weinlokal ein Mann im Essen eine tote Maus gefangen und der Besitzer des Lokals dem entlehnten Gast 1000 Mark angeboten habe, um sein Aufsehen von der Sache zu machen. Nach diesem Muster wollte er nun in dem Weinlokal von Kempinski in der Leipziger Straße handeln, er werde mit einem Freunde und noch einem Dritten dorthin gehen und sich Essen bestellen, dann unbemerkt eine von ihm schon präparierte tote Maus in das Essen hineinwerfen und seiner Empörung so drastischen Ausdruck geben, daß die berühmte Firma gewiß zur Wahrung ihres Rufes und gleich als Entschädigung für seine Gesundheitsgefährdung ein Schweiggeld von 1000 Mark zahlen würde. Der Kollege hielt das, was der Angeklagte ihm sagte, zunächst für einen schlechten Scherz. Dann aber wurde er doch bedenklich, da der Angeklagte dabei verblüht und die Versicherung hinjuckte, daß er ein guter Schachspieler sei und ein Meßwein oder eine kleine Ohnmacht sehr gut nachahmen könnte. Nun erwiderte der Kollege es für seine Pflicht, nachdem er dem Angeklagten vergebens abgeraten hatte, eine solche Komödie aufzuführen, telefonisch die Firma Kempinski davon zu benachrichtigen, was man gegen sie plane. Der Angeklagte erwiderte dann auch bald darauf mit zwei Begleitern im Lokal von Kempinski und bestellte Wein und Speisen. Bählich sprang er mitten im Essen mit allen Zeichen der Empörung auf und zeigte einige schmutzigen Pappe vor, den er in dem ihm vorgelegten „Leipziger Merker“ ein Gemüsegemisch vorgefunden haben wollte. Wegen der herbeigefassten Wirt trat er sehr dreist auf. Als ihm dieser aber erklärte, er sei schon voll unterrichtet, was zu passieren sollte, wurde er recht klein. Er hielt es dann, nachdem seine Verlon festgestellt worden war, für zweckmäßig, nach demselben Abend mit Hilfe von Geldern, die ihm seine Verwandten zur Verfügung stellten, nach Belgien abzureisen. Er ist dann längere Zeit im Ausland verblieben und schließlich bei Ausbruch des Krieges hierher zurückgekehrt. Er bestritt in der Verhandlung ganz entschieden, daß er die Abhandlung habe, sich in betrügerischer Weise zu bereichern. Tatsächlich habe es sich nur um einen „Journalistenstreich“ gehandelt. Er habe damals an journalistischem Stoffmangel gelitten und sei auf die Idee verfallen, eine Artillerie zu schreiben unter dem Titel: „Wie kann man in Berlin leben und Geld verdienen, ohne zu arbeiten?“ Für den ersten Artikel dieser Art habe die Komödie bei Kempinski die Einleitung bilden sollen. Das Gericht glaubte aber nicht an den Journalistenstreich und verurteilte den einsatzreichen Herrn zu sechs Monaten Gefängnis.

#### Telegramme.

##### Steuererhöhung in Württemberg.

Stuttgart, 7. Juni. Der Voranschlag zum Staatshaushalt schließt ab mit 121 Millionen Mark Ausgaben, 112,8 Millionen Mark Einnahmen; Fehlbetrag 8.148.045 Mark. Zu teilweisen Deckung schlägt die Regierung die Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Prozent vor, wobei sich die Erhöhung bei den Einkommen von 5000 Mark abwärts auf 20 bis nur 5 Prozent ermäßigt. Es werden hierdurch 3 Millionen Mark Mehreinnahmen gewonnen. Die Deckung des übrigen Fehlbetrages soll der Zukunft überlassen bleiben.

##### Neuer Präsident von China.

Peking, 6. Juni. (D. V. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Yuan Shi-kai ist an Urämie gestorben. Nian Sun-gung hat zeitweilig die Präsidienfunktion übernommen.

#### Bekanntmachung.

##### Betr. Lebensmittelversorgung.

Die für die Lebensmittelversorgung eingerichteten städtischen Dienststellen sind für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet an allen Werktagen von 8<sup>11</sup>—12<sup>11</sup> Uhr und außerdem Montags, Mittwochs, Donnerstags und Samstags von 3—5 Uhr. Das Weibsbureau, Rathaus (Zimmer 69), und die Marktschranke, Friedrichstraße 19, sind aus vormittags geöffnet. Auskünfte an Verbraucher können nicht mehr telephonisch erteilt werden.

Wiesbaden, den 7. Juni 1916.

#### Der Magistrat.

#### Städt. Butterverteilung.

Die nächste Butterverteilung beginnt am 7. Juni gegen 8 Uhr der Buttermarkt Gruppe 20. Bisherige Gruppennummern 6 und 7 sind die neu ausgegebenen Karte 1c, sowie die ausgegebenen Dauerkarten ohne Stempelabdruck werden für ungültig erklärt. Soweit die Dauerkarten Stempelabdruck nicht tragen, müssen sie dem Lebensmittelverteilungsausschuss, Friedrichstraße 33, zur Nachprüfung und Ergänzung vorgelegt werden.

Da jetzt Butter vorhanden ist, daß jeder Einwohner ein Pfund erhalten kann, liegt es im allgemeinen Interesse, Butter ausschließlich am ersten Verteilungstage zu kaufen.

Preis M. 2.80 für das Pfund.

Wiesbaden, den 6. Juni 1916.

Der Magistrat.



# Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Juni.

## Zusatz wird verhandelt über kurze Anfragen.

Auf die Frage des Abg. Stadthagen (Sog. A.) wegen des Verlaufs einer Versammlung, in der am 31. Mai in Berlin-Friedrichshagen die Lebensmittelpreise erörtert werden sollte, antwortet Ministerpräsident Loh, der Reichskanzler sei nicht bereit, die Aufhebung des Verbots öffentlicher Versammlungen in Berlin und Vororten zu beschließen. Das Verbot werde gegen alle Parteien gehandhabt. Auf die Frage des Abg. Schulz-Ekfurt (Sog.), ob der Reichskanzler mit sei, bald nach dem Kriege einen Ausblick zu werfen, antwortet Ministerpräsident Loh, dass die Angelegenheit untersteht nicht der Zuständigkeit des Reichstages und sei erst künftig zu entscheiden. Auf die Anfrage des Abg. Jäger (Sog.), was der Reichskanzler dagegen tun wolle, in Schlesien jugendliche Textilarbeiter zu schwerer Steinfestigung gezwungen und körperlichen und sittlichen Wechsellagen ausgesetzt, antwortet Ministerpräsident Loh, es würden Ermittlungen eingeleitet und, falls sich Mißstände ergeben, für Abhilfe gesorgt werden. Auf die Anfrage des Abg. Bassermann (Sog.) wegen der Verhältnisse der Vorläufer gegen Deutsche an der Front, antwortet Ministerpräsident Loh, die Regierung ergreife Verzeugsmaßnahmen.

Dem Antrag auf Verlegung des Reichstages bis zum 26. September wird einstimmig zugestimmt.

## Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. Dr. Spahn (Zent.): Unsere Kriegslage ist günstig auf der Kriegsschaubühne. Die Hoffnung auf unsere Ausdauer ist zuversichtlich. Wir werden die wenigen Wochen noch durchhalten, bis zur Entscheidung. Wir sind entschlossen, durchzuhalten bis zum Frieden. In diesen Tagen zu sprechen, ist zurzeit nutzlos. Die Angriffe gegen den Reichskanzler gehen die Nacht in die Öffentlichkeit, sollen nicht auf den Reichstag. Niemand denkt daran, solche Schreie sind nicht nur geistlos, das Volk zu belügen, sondern sie dienen auch unseren Feinden in Paris und London, die manchmal noch genauer unterrichtet sind über uns, als wir selber. Solche Dinge verlängern den Krieg, und unsere Soldaten müssen büßen. Das ist nicht das einzige Verbrechen dieser Schreie. Die Unterzeichnung „national“ und „antimilitaristisch“ sollte verschwinden. Wir wollen des Kaisers Wort erhalten: Ich kenne nur noch Deutsche. (Beifall.) Wie alle, mit dem Krieg und hinter dem Krieg, werden den künftigen Frieden ersehnen, der einen neuen Umschwung unseres Volkes bringt. (Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer (Sog.): Die gestrige Rundgebung des Reichskanzlers hat einen tiefen Eindruck gemacht, der weit hinaus über das ganze Volk weiter wirken wird. Es war in der Tat eine Rede in die Öffentlichkeit. Der Reichskanzler hat seine Verantwortung, zeigt uns, wie stark die Erbitterung und wie giftig die Luft gewesen sind, die aus dem Hinterhalt gegen seine Politik ausgeht. Wegen irgendwelcher beliebigen Schmähreden, die er seine Rede nicht gehalten, sondern es müssen dahinter Kreise sein, die zwar an sich gering sein mögen, deren Geldmacht und Einfluss aber nicht gering ist. (Zustimmung.) Die Angriffe der Sozialdemokraten, A. Graefe und Borch in der Versammlung am Mittwoch waren nur ein kleines Beispiel, was der Reichskanzler und seine Schmeichler zu leisten. Dieses Zusammenwirken von Verleumdungen und Verleumdungen stellt allerdings ein Bild dar. Man darf gespannt sein, ob irgend eine Partei aus diesem Hause sich finden wird, um jene Leute und ihre fanatischen Reden in Schutz zu nehmen. Aus welchem Lager diese Geschosse kommen, darüber besteht kein Zweifel. Aus dem nationalistischen Lager, aus dem fortgesetzt

## der Schrei nach Weltberührung

aus dem Lager der rücksichtslosen Gewaltmenschen nicht nach außen, sondern nach innen. (Beifall.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. In diesem Lager hat sich das Werk der am wenigsten interessierten Schmeichler, die Phantastereien der allwissenden Weltberührung und die reaktionären Kräfte der Schatzkammer und Feinde jeder freiheitlichen Entwicklungen zusammenfinden. Die gesamte Abwehr des Reichskanzlers zeigt, welche Rücksichtungen in diesem Lager gegen seine Politik vor dem Kriege geübt wurden. Es ist ihm zum Vorwurf gemacht worden, er habe die Welt berührt.

## Politik der Verständigung

Wird auch mit England getrieben, er habe den Mobilisierungszustand verzögert und schütze noch in den letzten Stunden vor Ausbruch des Krieges auf Österreich und Rußland einzurücken und mit England verhandelt. Aber diese Anklage kann der Reichskanzler sich nur glücklich schätzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den Augen aller aufrechten Friedensfreunde ist der verständliche Schritt, der sich dem Reichskanzler in der Angelegenheit der Verständigung, (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Das deutsche Volk wird umgekehrt urteilen wie jene internationalen Vorkämpfer, das deutsche Volk wird sich sehr einnehmen mit den Bemühungen, den Krieg zu beenden. (Beifall.) Zustimmung.) Wir können auch heute noch nicht allzuweit durchdringen, die dem Ausbruch des Krieges vorherzugesagten sind. Das endgültige Urteil wird erst die Geschichte fällen. Aber die Tatsachen, auf Grund deren man die Anklage gegen den Reichskanzler aufbauen darf, richtig sind, so ist bewiesen, daß die Verständigung der Entente nicht unwahr ist, Deutschland habe den Krieg provoziert. Der Reichskanzler wird aber auch wegen seiner rücksichtslosen Schlägen und Klauen Politik in der Gegenwart angegriffen. (Beifall.)

## einen neuen Kanzler schaffen.

Wir haben ja immer gegen den Kanzler, der gerade im Kriege vorliegt. Jetzt suchen sie sich einen Kanzler zu verschaffen, der gegen die gegenwärtigen Erhebungspläne die Sozialdemokratie von Beginn des Krieges an die härteste Stellung genommen (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten, nicht der Person des Reichskanzlers wegen, sondern der großen Sache wegen. Wir beschließen, das entscheidende eine Politik, die auf phantastische Grenzverschiebungen ausgeht. Sie würde daselbstselbe Bestreben bei den anderen Völkern erwecken und dadurch den Krieg verlängern und das Volk dem Elend überliefern. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Würde sich die Reichsleitung in den Dienst jener Gruppen und ihrer Pläne stellen, so würde das deutsche Volk einem Regimentsführer die Gefolgschaft verweigern. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Jene Leute sollen doch nicht glauben, sie haben das deutsche Volk hinter sich. Das ist eine trübende Verleumdung gewisser Blätter. Jene Gruppen haben den Vorstoß gegen den Reichskanzler nicht nur wegen seiner auswärtigen Politik vorgenommen, sondern selbstverständlich auch wegen der inneren Politik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) freilich nicht wegen der auswärtigen — die gibt ihnen keinen Grund, sich zu beklagen —; aber sie fürchten, daß im Frieden doch etwas von der vielbesprochenen Neuorientierung im inneren Leben Deutschlands

ausgehen könnte, daß neue Wege beschritten werden könnten. Jene Leute bescheiden aus denselben Schatzkammern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben; es sind dieselben Leute, die auch nach dem Kriege die Arbeiterklasse verfeinden und mit Ausnahmegeboten belästigen, es sind die Leute, die nach dem Kriege die alten Fäden weiterplünnen wollen. Diese Leute sind schuld daran, daß wir nicht im Kriege etwas weiter kommen, und gerade diese Unfruchtbarkeit der inneren Politik während des Krieges ist schuld, daß so viele Verdorbenheit Platz greift. (Beifall.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Denn leider kommt die Reichsregierung denen, die keine fortschrittliche Politik wollen, allzuweit entgegen. Der Reichskanzler sagt, man werde ihm doch, er habe sich auf die Sozialdemokraten, eine ganz lächerliche Behauptung! Wir fordern fort-

schritt und freiheitliche Entwicklung; aber nichts von dem geschieht bei uns. Der Reichskanzler spürt den großen Hauch dieser gewaltigen Zeit im Gegensatz zu denen, die am allen lieben. Aber wir können nicht auf die Worte eines Staatsmannes vertrauen;

das Vertrauen der Arbeiterklasse kann nur durch Taten gewonnen werden.

Wir vertrauen nicht auf Personen, sondern auf die Macht der Tatsachen und die Kraft des Volkes. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind durch diesen Krieg in Bewegung gekommen; sie drängen auf die Verwirklichung sozialer Umgestaltungen. Die Sozialdemokraten bemühen sich, die Träger dieser Entwicklung zu sein. Auch nach dem Kriege wird es Partei- und Klassenkämpfe geben. Wir werden sie weiterführen müssen mit ganzer Kraft und rücksichtsloser Energie. Dabei wird uns das Wort im Gedächtnis bleiben, daß nicht mehr untergeschoben werden dürfen zwischen nationalen und angeblich nicht nationalen Parteien. Wir haben uns schon in früheren Zeiten mit leidenschaftlicher Erbitterung dagegen wehren müssen, daß man Beispiele, wie hätten sein Verstand für die Interessen unseres Landes und Volkes. Nur so ist es möglich, diese Vorwürfe von solchen, die das Vaterland als Domäne ihrer kapitalistischen Sonderinteressen ansehen. (Beifall.) Sehr richtig! In diesen Tagen hat es sich gezeigt, daß die Zurückdrängung der Gegensätze hinter die Kulissen der Auseinandersetzungen im Volk nur gelingen. Deshalb begrüßen wir die Austragung der Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit als einen Gesundungsprozeß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist gut, daß das Volk Kenntnis erhalten hat von dem höchsten Treiben seiner Gruppen. Wir sagen

## fort mit der Zensur!

Wenn die Schranken der Zensur fallen, dann wird es sich zeigen, daß die große Mehrheit des Volkes nicht auf dem Boden der Politik steht, die gestern vom Reichskanzler gelehrt worden ist. Die große Mehrheit des Volkes sieht die Wahrung seiner Interessen in einer Politik, die hingiert auf die Förderung eines baldigen ehrenvollen Friedens nach außen und einer freiheitlichen Entwicklung im Innern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Wort über die Stellung meiner Fraktion zur Kriegspolitik und zur Friedensfrage. Wir werden

## den neuen Kriegskrediten zustimmen.

weil unsere Stellung die gleiche ist wie am 4. August 1914. Unsere Stellung zu dieser Frage ist nicht bedingt durch die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens zur Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns vielmehr in allen Einzelheiten lediglich von den Interessen der Arbeiterklasse leiten lassen. Auch bei der Frage der neuen Kredite lassen wir uns nicht leiten ausschließlich von dem Lebensinteresse unseres Landes und unseres Volkes in dieser furchtbaren schweren Zeit. Wir befinden uns dabei in vollem Einklang mit den grundsätzlichen Auffassungen, die wir stets vertreten haben. Wir sind eine Friedenspartei, wir haben den Krieg immer als eine rohe und verwerfliche Methode der Austragung der Volksgesamtheit angesehen, eine Methode, die mit dem modernen Kulturempfinden unvereinbar ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht aus Kriegslust halten wir an unserer Stellung vom 4. August 1914 fest, sondern in Erfüllung einer schweren Pflicht, wir konnten uns der tauben Rücksicht nicht verschließen, denn es handelt sich in der Tat für das deutsche Volk um einen Kampf um Sein oder Nichtsein.

Wir sind weit davon entfernt, uns dem Wahne hinzugeben, als könnten wir die Gegner gesplittern. Wir sind stolz darauf, daß Deutschland seine Verteidigung gegen eine Übermacht von Feinden so erfolgreich durchgeföhrt hat, aber wir denken nicht daran, andere Völker ihrer nationalen und kulturellen Entwicklung berauben zu wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Leider ist das Eingegengkommen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes in der Presse des Auslandes mißbillig als ein Eingeständnis unserer Erschöpfung hingestellt worden. Trotz aller Enttäuschungen klammert sich das Ausland immer wieder an die alte trügerische Hoffnung, Deutschland könne nicht durchhalten. Besonders hat die Erwiderung des Herrn Grafen abgewiesen. Er hat dem Reichskanzler beschimpft und die von ihm angebotenen Friedensbedingungen unter falscher Auslegung des

## Wortes von der Kriegskarte

als die Bedingungen eines siegreichen Deutschland hingestellt. Auf wiederholte Erklärung von deutscher Seite zur Friedensbereitschaft sind unerfreuliche Antworten erteilt worden. Demgegenüber muß das deutsche Volk in seiner festen Beschlossenheit verharren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hieraus ergibt sich unsere Stellung zu den Kriegskrediten, die bedingt ist durch die Überzeugung, daß dies die einzige Möglichkeit ist zur Erreichung eines möglichst baldigen ehrenvollen Friedens. Der Weltkrieg kann nach unserer Überzeugung nur

## auf dem Wege einer Verständigung.

eines Ausgleichs beendet werden. Wir fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie nicht nur nichts unterläßt, was einem solchen Frieden dienen kann, sondern daß sie fortgesetzt noch mehr als bisher alles daran setzt, was irgend möglich ist, um auf dieser Bahn vorwärts zu gelangen, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen und dem Volke den langersehnten Frieden wiederzugeben. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten.

Abg. Bassermann (Sog.): Der Reichskanzler hat gestern die militärische Lage betrachtet. Wir folgen ihm voll und ganz. Nichts liegt uns ferner, als eigenhändige Motive. Wir wollen aber

## keine Abkürzung des Krieges

auf Kosten des Sieges. Wir stehen in einem geschichtlichen Augenblick. Wenn er nicht genützt wird, ist er für immer verloren. Dann sind die germanischen Stämme dem Germanenstamm verloren. Der Sieg des Kanzlers, daß der Sieg Deutschlands und den kleinen Völkern den Sieg offen, findet unsere Billigung.

## Nicht Verträge, sondern der Sieg.

die Macht sichern die Seeherrschaft. Wir waren für rücksichtslosen U-Bootkrieg, weil wir darin eine Waffe erblickten, die England zwingen und den Krieg abkürzen konnte. Wir haben alle Fragen daraufhin gewissenhaft geprüft. Bei dem Empfang der Duma-Abgeordneten sprach Raschitz von einer russisch-englischen Kultur. (Beifall.) Alle Rundgebungen der Gegner leben wenig nach Friedensmöglichkeiten aus. Wir wollen auch abwarten, inwiefern es Präsident Wilson gelingt, bei unseren Gegnern das Gefühl der Friedensbereitschaft herbeizuführen. Bis jetzt sieht es nicht danach aus. Wilson müßte auch die

## indische und irische Frage aufheben.

In Steuerfragen müssen Konzessionen gemacht werden. Die Sozialdemokratie hält nach wie vor fest an ihrer Abneigung gegen Konsum- und Verleumdungen. Das stimmt mit Konsum. Jetzt ist diese Frage abgeschlossen. Andererseits freue ich mich über die Bereitschaft der sozialdemokratischen Fraktion, die Kredite von 12 Milliarden zu bewilligen. Wir werden bereit dem Auslande zeigen, daß bei uns mit geringen Ausnahmen Einigkeit besteht. Dem geschiedenen Staatssekretär Delbrück müssen wir Dank sagen für seine über große Arbeitsleistung. Die meisten Beschwerden gegen sein Meßwerk liegen begründet in der Richtigkeit. Jetzt wird eine bessere Verteilung erfolgen und die Exekutive geordnet werden. Angesichts des Widerstandes könnte man fast meinen, daß hinter der einen Prospekt eine anonyme Autorität, eine bedeutungsvolle Persönlichkeit steht. Die Mittwoch-Debatte war unaußersächlich bei der Menge von Bestimmungen, die die Zensur aufgeführt hatte. Der Reichstag kann zufrieden sein mit seiner Arbeit. Es wird ein Ruhemittel für ihn sein, daß die Sozialreform auch in Kriegsjahren nicht geruht hat. Für die Neuorientierung hoffen wir, daß die Begleitung des Reichskanzlers in dieser Frage Wahrheit wird. Wir hoffen, daß wir auch nach dem Kriege einig bleiben werden. Notwendig ist eine Reform des Gesetzes in der Verwaltung. Durch den heutigen Erlaß, durch den den Volksschülern der Aufstieg in die höheren

Schulen geöffnet wird, wird ein Weg geebnet. Dieser Krieg wird gewonnen durch unser tüchtiges opferwilliges Volk drinnen und hier drinnen. Deshalb wollen auch wir dem Volke Vertrauen entgegenbringen. Der gemeine Mann ist der Held.

Abg. von Payer (Postfach, Ost.): Die gestrige Abwehr war höchst peinlich. Dieser Brunnenergiftung mußte ein Ende bereitet werden. (Sehr richtig!) Man empfindet es als eine Befreiung von schwerer Gefahr. (Sehr richtig!) Durch die Zensur werden diese Stimmen in die geheimen Kanäle verwiesen. Es ist zu befürchten, daß durch die Agitation ein unreiner Zug in die deutsche Politik und in deutsches Wesen hineinkommt. Die U-Bootfrage ist hoffentlich erledigt. Die ständige Frage gehört der Zukunft an. Die Mittwoch-Debatte war ein Mißbrauch der Tagesordnung. Selbstsame Bundesgenossen finden sich zusammen in dem Streben, den Reichskanzler zu stürzen. Es ist ein Unbegriff, mitten im Kriege den leitenden Staatsmann zu wechseln. Das sehen wir an unseren Feinden, die mehr Ursache hätten dazu als wir. Wer gibt uns die Garantie, daß der Nachfolger des Reichskanzlers Dr. Büchse des Volkes besser erfüllen könnte als er? Er besitzt das unbedingte Vertrauen der Bundesfürsten, des Bundesrats und des ganzen Volkes mit wenigen Ausnahmen. (Beifall.) Die Erhaltung des Friedens mit Amerika ist sein Werk. Er weiß, daß wir einen dauernden Frieden brauchen. Er hat mit dem Meer und unserer bewundernswerten Flotte große Erfolge zu tun gebracht. Er wird auch den endgültigen Sieg schaffen. Wir müssen ihn in voller Einigkeit stützen, tragen und heben. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten.

Abg. Graf von Helldorf (Sog.): Die gestrigen Vorgänge waren ungewöhnlich ungewöhnlich. Wir vermögen ihnen aber nicht die Bedeutung beizumessen, wie es andererseits geschieht. Ich habe festgestellt, daß diese Schrift des „Junius“ alter auch mir zugegangen ist. (Große Unruhe links.) Durch Zufall ist sie nicht den Weg gegangen, den sonst anonyme Zuschriften bei mir zu finden pflegen. (Unruhe.) Herr Dr. Strauß macht eine Bewegung, als glaube er mich nicht. Ich verbitte mir solche Zweifel. (Große Unruhe links.) Diese Schrift verdient nicht die Aufmerksamkeit, die ihr beigemessen wird. Die schweren Vorwürfe gegen den Generalstaatssekretär Rapp waren übertrieben. Mit keinem Wort hat er dem Reichskanzler den Vorwurf landesverräterischer Gesinnung gemacht. Geheiß, öffentliche und nicht öffentliche Äußerungen bringen oft das, was sie sagen wollen, in der Form einer

## charakter Kritik über die auswärtige Politik

zum Ausdruck. Vielfach schienen solche Äußerungen über das Ziel hinaus. Der Reichskanzler sollte sich bemühen, den berechtigten Kern in allen Rundgebungen zu finden und diesen nutzbar zu machen. (Sehr richtig!) Heiße Liebe und Bewunderung haben wir allen Kämpfern gegenüber, auch den Sozialdemokraten. Mit Genugtuung und gern geben wir der einmütigen Zustimmung der Sozialdemokraten zu den ersten Kriegskrediten. Dies befreit uns aber nicht von der Verpflichtung,

## erste Bedenken gegen die Worte des Reichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratie

zu äußern, auch zu seinen gestrigen Ausführungen. (Hört! Hört!) Abg. Scheidemann hat erklärt, er gebe nichts auf, die Sozialdemokraten sind, was sie waren. Das war ein Bekenntnis zum Klassenkampf, zur Republik. Wir bleiben der Monarchie treu. Das bleibt der abgrundtiefe Gegensatz zwischen uns. Abg. Rapp hat von Reuten gesprochen, die ihr Interesse an der Verlängerung des Krieges haben. Abg. Gradnauer sprach sogar von Gewaltmenschen. Das ist die Kampfesart des Klassenkampfes, da gibt es für uns keine Ueberbrückung. Wir lassen an unserem monarchischen Standpunkt nicht rütteln. (Beifall.) Kein Mensch in Deutschland verkennt die Verdienste des Bemühens, das England von der Verbindung loslösen wollte. Es wäre aber besser gewesen durch festes Betonen unserer deutschen Interessen, als durch Rücksichtigkeit zu wirken. Für eine Politik der Verständigung ist in diesem Krieg kein Raum mehr. England hat die Welt gegen uns zusammengebracht, eine Verständigung mit ihm gibt es nicht.

## Wir müssen England zwingen.

(Beifall.) Die Folge unserer neuen U-Bootpolitik war eine weitere Note. Die damalige Haltung der Regierung hat Äußerungen und Wünsche nicht entzogen. Wir Entzückung weisen wir die Angebote Wilsons zurück. Er will uns die Waffen und den Erfolg aus den Händen ringen. Wir stimmen allem zu, was der Reichskanzler über die Tapferkeit unserer Truppen sagte. Auch der Hungerkrieg wird uns nicht niederwerfen.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg: Ganze Bündel solcher Schriften, wie die von Junius, kriegen und wurden seit Monaten in Deutschland, im Inland sowohl wie auch in den Schützengräben in Umlauf gesetzt. (Hört! Hört!) Weil ich erkannt habe, daß durch diese Treibereien nicht nur die Stimmung im Innern vergiftet wird, sondern daß dadurch auch eine Rückwirkung schließlich auf den Geist da draußen möglich ist, darum habe ich mich für verpflichtet gehalten, diese Nachrichten an die Öffentlichkeit zu ziehen. Herrn Rapps Schrift wimmelt von den allerhöchsten Angriffen gegen mich. Unangenehm wird mir zum Vorwurf gemacht, daß ich

## die Ehre des Landes preisgegeben

habe. Das wiederholt sich an unzähligen Stellen. Niemand kann es mir übel nehmen, wenn ich gegen derartige Angriffe Verwahrung einlege, scharfe Verwahrung einlege. (Sehr richtig!) Zur Verwahrung des Grafen Westarp gegen Wilson kann ich erklären: Ich habe zwar in der Zeitung gelesen, daß Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige, auch heute noch, daß die englische Presse sich mit großer Entschiedenheit gegen eine solche Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson erklärt. Ähnlich ist an mich auch nicht ein Wort herangekommen, daß Präsident Wilson den Frieden zu vermitteln beabsichtige. Insofern ist diese ganze Frage keineswegs zeitgemäß.

Daß wir bei einer Friedensvermittlung nicht einen Druck auf uns ausüben lassen werden, der uns um die Früchte unseres Sieges bringen wird, ich glaube Sie verlangen wohl von mir nicht, daß ich die ausdrückliche Erklärung abgebe, daß ich für eine solche Politik nicht zu haben wäre.

(Beifall.) Wegen meiner Stellung zur Sozialdemokratie wiederhole ich: Ich habe die Hoffnung, daß wir nach dem Kriege in einen Zustand kommen werden, wo der Gegensatz, der doch niemandem unter uns Freude machen kann, im Volke und in uns verschwindet.



# Eckstein

## Zigaretten

Einzig in Qualität

# Trusfrei

A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN



den sein wird. (Lebhafte Zustimmung.) In dieser Hoffnung lebe ich, und diese Hoffnung gibt mir einen großen Teil der Kraft, die ich in diesem Kriege entwickeln muß. (Lebhafte Beifall.) Unterschiedliche der Parteien bestehen und werden bestehen zwischen den Herren von rechts und links und niemand von den Konfessionen wird mit einem der Herren von links Arm in Arm gehen. (Zuruf: doch! Heiterkeit.) Doch dürfen aber in dem gegenwärtigen Moment meiner Ansicht nach Unterschiede, die sich aus dem Parteiprogrammen und Lehren ergeben, nicht an die Spitze gestellt werden. Der Abg. Graf Westarp hat gesagt, es hätten die Sozialdemokraten nichts von ihren Lehren aufgegeben.

Leider, ich bedaure das, und ich habe den Eindruck, daß auch Ihre Absicht (zu den Sozialdemokraten), gegen den Haushalt zu stimmen, die Meinungen eines alten Dogmas ist, das Sie auch zum alten Eisen werfen sollten. (Heiterkeit.) Wenn alle diese Dogmen bestehen, auch das republikanische, werfen Sie sie doch auch zum Fenster. Seien Sie dankbar dafür, sehen Sie sich doch nicht nach einem Zustand, wie etwa dem republikanischen Frankreich. Schließlich aber genügt mir, daß gegenwärtig mit geringen und ganz verschwindenden Ausnahmen

#### das ganze Volk einig

ist in dem Willen, über seine Feinde Herr zu werden. Es sollte jedoch die Sozialdemokratie nicht sagen, die Schwerindustrie wolle den Krieg fortsetzen, um Geld zu machen. So etwas erbittert. Ohne die Leistungen der Industrie hätten wir diesen Krieg längst verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Zur U-Bootfrage kann ich nicht mehr sagen, weil sonst das Land geschädigt würde. Wenn Graf Westarp tadelt, daß ich nicht die große nationale Kraft der Parteien auszunutzen verstehe, die gegen mich kämpfen, so mag es sein, daß ich Fehler gemacht habe, aber man bedenke, in welcher Weise man gegen mich vorgegangen ist. Da ist es schwer, den rechten Kontakt zu finden. Wir sollten betonen, was uns einigt, und das ist unser aller Wille, daß unser Vaterland siegreich und groß aus diesem Kriege hervorgehe. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Fehr von Camp (Dtsch. Frakt.): Wir sind dem Reichsführer dankbar dafür, daß er den Jenseits nicht mehr so wollen lassen will. Die Bemühungen des Kaisers und des Kanzlers für den Frieden bleiben ein Ruhmesblatt der deutschen Politik. (Beifall.) Gleichwohl muß man bedauern, daß unsere diplomatischen Vertretungen nicht früher erkannt haben, daß es vergeblich sei, England auch nur zur Neutralität zu veranlassen. Auch wir hoffen, daß wir bald zu einem siegreichen Frieden kommen. (Beifall rechtlich.)

Abg. Lebedour (Soz. A.): Der Reichskanzler unterscheidet sich von seinen Gegnern nur geringfügig. Derartige Differenzen haben häufig ihren Ursprung in rein persönlichen Gegensätzen, die wir seit jeher in absolutistischen und halbabsolutistischen Staaten gewohnt sind, wo der unveränderliche Kurs der Politik immer begleitet wird durch den unerbittlichen Krieg derjenigen Leute, die an Stelle des jeweiligen Leiters der Politik sich selbst setzen wollen. Sozialdemokraten, die Republik und Klassenkampf abschwören, würden dadurch nur zeigen, daß sie nie Sozialdemokraten waren. Mit Beifall habe ich heute und gestern gehört, daß die Herren, die sich da in die Haare geraten sind, alle gegenseitig Landesverrat vorwerfen. Sie sollen künftig mit solchen Vorwürfen gegen andere Leute vorsichtig sein. Wenn der Kanzler Liebesbriefe schreibt, der sich nicht verteidigen kann, so prallt der Pfeil auf den Schützen zurück. Was Liebesbriefe zur Last gelegt wird, verläßt vor dem, was hier aus den Flugblättern der Rechten zur Sprache gebracht worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wegen der Friedensfrage waren eigentlich alle sehr zufrieden mit den Ausführungen des Kanzlers. Der Reichskanzler hat gesagt: wir haben das Ungeheuer getan, um den Frieden anzubahnen, unsere Feinde haben uns mit Spott und Hohn zurückgewiesen. Jedes Friedensgespräch, das wir jetzt beginnen würden, ist nutzlos und nicht zum Ziele führend. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Das war in der Rede des Herrn Reichskanzlers das Bedenken, was ich gehört habe. Damit magt er allerdings in der nächsten Zeit die Friedensbemühungen aller der Frauen und Männer, die wirklich gewillt sind, für den Frieden einzutreten, äußerst schwierig. Ich stimme mit dem Reichskanzler überein, wenn er in dem Interview mit Herrn Wigand gesagt hat, es sei fruchtlos, sich gegenseitig vorzuwerfen, wer am Ursprung des Krieges schuld ist. Aber worin ich nun sehr erheblich von dem Reichskanzler abweiche, das ist die Auffassung über

#### die Möglichkeit der Friedensstiftung.

Ich bedaure sehr, daß der Reichskanzler, ebenso wie die anderen Staatsmänner, in den unglücklichen Fehler verfällt, immer zu betonen: „Erst muß der andere niedergezwungen sein, so daß er um Frieden bittet; dann kann vom Frieden die Rede sein.“ (Widerspruch im Zentrum und links.) Das war der Sinn seiner Worte. (Erneuter Widerspruch.) Staatssekretär Helfferich hat gegen eine Bemerkung meines Freundes Stadthagen diesen Gedanken noch deutlicher zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, was sind das für Redensarten im Munde eines deutschen Mannes, daß es weder Sieger noch Besiegte geben dürfe? Jeder deutsche Mann wünscht, daß wir als Sieger aus dem Krieg hervorgehen. Auf die Wünsche des deutschen Mannes kommt es nicht an, weil mit Wünschen keine Politik gemacht wird. Wenn man Frieden schließen will, kommt es auf die realen Möglichkeiten an. Heute ist die Kriegslage zweifellos so, daß

#### keine Seite gezwungen ist, um Frieden zu bitten,

weil sie vollkommen geschlagen wäre, wie es etwa 1871 oder 1866 der Fall war. Die Kriegslage ist günstiger geworden, aber die gegnerischen Kräfte sind nicht genügend, um Frieden nachzusuchen. Der Staatssekretär Helfferich, der Reichskanzler, die Herren Spahn und Volkemann, sie alle wollen nicht eher Frieden schließen, als bis die Aufgabe unseres Sieges aus von den Gegnern anerkannt werde. Das wirkt kriegsverlängernd. Demgegenüber verlangen wir Sozialdemokraten einen Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. Ein Weg der Verständigung kann gefunden werden, selbstverständlich

#### auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage.

Aus dieser Wendung, die auch der Reichskanzler gebraucht hat, haben die Gegner auf seine Absicht auf Anzweiflung geschlossen. So ist seine Äußerung sicherlich nicht zu verstehen, aber er hat auch nicht mit absoluter Unzweifelhaftigkeit die Angliederung fremdsprachiger Gebiete an das Deutsche Reich zurückgewiesen. In seinen Reden liegt die indirekte Anerkennung der Notwendigkeit, die Rechte des Deutschen Reiches auszuweiten auf angrenzende Länder, d. h. Belgien unter deutsche Vorherrschaft zu bringen. Das verurteilen wir als kriegsverlängernd. Wir verlangen, daß er runder erklärt, wir wollen einen Frieden, bei dem Deutschland keine Gebiete gegen den Willen ihrer Bevölkerung einstellt. Damit ist nicht gesagt, daß keine Grenzlinie verläuft werden. Wir verlangen nur, daß Deutschland die Völker, die bei ihrem bisherigen Staatswesen nicht bleiben wollten, selbst über ihr Schicksal entscheiden läßt. Dann bekommen wir Kongressen und Litaneen als selbständigen Staat. Auch in Mazedonien würden die zu Serbien geschlagenen Teile mit bulgarischer Bevölkerung zu dem Stammland zurückkommen. Aber absolut ausgeschlossen muß sein der Versuch, irgendwelche französischen oder belgischen Gebieteile an Deutschland anzuschließen. Dieser großen Gefahr gehen wir entgegen. Sollte es möglich sein, Frankreich zu einem Frieden mit Gebietsabtretungen zu zwingen, so würde das nicht einen dauernden Frieden bringen, sondern einen

#### dauernden Kriegszustand vorbereiten.

(Sehr wahr!) Das große Problem nach dem Kriege ist in erster Linie die Ausöhnung mit Frankreich und die Herbeiführung eines tatsächlichen Zustandes mit England. (Zuruf: recht! Auch mit Rußland!) Auch mit Rußland müssen wir in ein friedliches Verhältnis kommen, und wir werden es umso eher können, wenn Rußland keine fremdsprachigen Teile verloren hat. Denn jede Fremdherrschaft gereicht auch dem unterdrückenden Volk zum Ver-

derben, und das russische Volk hat am meisten darunter zu leiden, daß die zarische Macht über fremde Völker ausgeübt wird. Erst nach Lösung dieser Verbindung wird das russische Volk die Möglichkeit haben, seine Gewalttherrschaft zu brechen. Der Kampf gegen den Jenseits darf nicht von uns geführt werden, so wenig wie der Kampf gegen den deutschen Militarismus von England und Frankreich. Mit dessen Schanden im Innern fertig zu werden ist unsere Aufgabe, so wie es die Aufgabe des russischen Volkes ist, den Kampf gegen den Jenseits zu führen. Entschlossene Verweigerung muß eingelegt werden gegen die Äußerung des Grafen Westarp, daß England der Hauptfeind ist. Deutschland darf seine Politik nicht einrichten auf eine dauernde

#### Feindschaft mit England und Frankreich,

die wirtschaftlich ebenso entwickelt sind wie Deutschland und mit Deutschland gemeinsam an der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt arbeiten müssen. Wir müssen den unglücklichen Gedanken geforderter Wirtschaftskomplexe bekämpfen, der keineswegs zur Weiterführung der Kultur führen kann. — Weil wir uns in günstiger Kriegslage befinden, muß unsere Regierung den ersten Schritt tun, und sie kann es ohne sich etwas zu vergeben. Gerade diese Pflicht erwacht aus der günstigeren Kriegslage. Wer nicht den Krieg bis zum Weißbluten will, muß von der deutschen Regierung den ersten Schritt verlangen mit der Erklärung, daß sie einen annerkennungsfreien Frieden will. Das würde den heftigsten Einfluß nicht auf die Regierungen, wohl aber auf die Völker in den gegnerischen Ländern ausüben. Von diesen, vor allem von dem Proletariat, wird dann die Bewegung zum Frieden ausgehen. Die Regierung hat noch nicht gezeigt, daß sie diesen Weg beschreiten wird, und deshalb können wir ihr Vertrauen nicht entgegenbringen. (Beifall bei der Soz. Arbeitsgem.) Der Redner kritisiert weiter die innere Politik. Wir lehnen das Budget ab, weil die ganze Gesellschaftsordnung den Interessen des Volkes widerspricht. Würde diese Ablehnung eine Weisheit im Hause finden, so müßte die Regierung abtreten und einer neuen Regierung Platz machen, die den Standpunkt der Mehrheit vertritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Tut sie das nicht, so sucht sie mit Gewalt eine Herrschaft zu behaupten, auf die sie kein Recht hat. Selbstverständlich wird dann auch dem Volke das Recht gegeben, eine solche Regierung mit Gewalt zum Tode zu jagen.

#### Das Recht auf Revolution

Ist dann das gute Recht des Volkes. Ich bin erfreut, von Seiten der Regierung keinen Widerspruch zu hören, sie leistet ja auch den Revolutionären in anderen Ländern hilfreiche Hand. Mit den irischen Homesteadern habe ich die größte Sympathie und verachte es auch der Regierung nicht, wenn sie den irischen Revolutionären hilft. Sie hat also prinzipiell das Recht auf Revolution anerkannt. Das ist ein erfreulicher Fortschritt. Aber danach müssen Sie auch im Innern handeln. Von einem Abbau des Belagerungszustandes ist noch wenig zu sehen. Die Lebensmittelversorgung muß besser werden. Will man das Volk zur Revolte treiben, um es mit blauen Bolzen zu treffen? (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Schuchardt besteht immer noch, ebenso wie die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Rembold über den von Dittmann vorgebrachten Fall noch aussteht. Dem Volk wird die Ueberzeugung aus diesem Kriege werden, daß das Volk der Völker nur im Sozialismus liegt.

#### Ein Antrag auf Schluß der Beratung wird angenommen.

Abg. Kühle (Wid.-Soz.) spricht sein Bedauern aus, nicht zu Worte gekommen zu sein. Der Beschluß zeige die Moral des Hauses. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Der Haushalt des Reichstages, des Reichskanzlers, der Reichskassiers und des Bundespräsidenten wird genehmigt, zu letzterem auch eine Entschädigung wegen Unterfütterung der in Not geratenen Auslandsdeutschen.

#### Es folgt der

#### Haushalt des Innern.

Es liegt eine Entschädigung aller Parteien auf ausreichende Unterstützung der durch den Mangel an Rohstoffen geschädigten Arbeiterschaft und Hausgewerbetreibenden in der Spinnen- und Spielwarenindustrie vor.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Da wir vor einer monatelangen Vertagung stehen, drängt sich an dieser Stelle auch ein letzter und heißer sozialer Wunsch auf die Lippen. In der entscheidenden Zeit der nächsten Monate wird unsere Heimat durch alle Kriegswirren hindurch gehalten werden müssen, nicht bloß durch die Verteidigung nach außen, sondern auch durch die gleichwertige Arbeit im Innern. Der Hauptträger dieser Arbeit im Innern ist aber

#### die Frauenerwerbsarbeit.

Aus allen unseren Verhandlungen hat die Anerkennung und Dankbarkeit für diese Kleinstleistung der arbeitenden Frauen Deutschlands geklungen. Diese Anerkennung ist aber auch in soziale Taten umzuwandeln. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das wird die große Aufgabe der Regierung in der aller nächsten Zeit sein müssen. Dafür, daß die erwerbstätigen Frauen aller Berufs- und Lebensalter die Arbeit der Männer leisten, geben sie ihre Kraft bis zum Verheeren aus, unterstellen sie sich fortgesetzten schweren Gefahren, wie z. B. in der Großindustrie, unterliegen sie der längst verjährten Ueberfütterung minderer Bezahlung, trotz vielfach gleicher Leistung, fühlen sie die Sorge der

#### Lebensmittelbeschaffung und Teuerung

als doppelt schwere Bürde. Da möchte meine Partei diese Debatte nicht schließen lassen, ohne einen letzten Lauten und dringenden Appell an die Regierung zu richten, zu entschiedenem und wagemutigen Eingreifen zum Schutze der Millionen arbeitenden Frauen, aus deren Schultern zum großen Teile unsere ganze innere Wirtschaft ruht. Man folge nicht dem bedauerlichen Beschlusse der Mehrheit dieses Hauses und lehne nicht die Wiedereinführung der alten Arbeiterschutzbestimmungen für Frauen ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die weibliche Erwerbsarbeit bedarf sehr bald mindestens des früheren geschützten Schutzes, wenn nicht eines verbesserten, soll die Stütze tragen, die wir an ihr in der Kriegszeit haben. Man setze sich mit aller Kraft für gleiche Bezahlung der Frauen bei gleicher Leistung wie der Männer ein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und man verlasse endlich das schlechte Beispiel, das z. B. der preussische Eisenbahnminister dadurch gibt, daß er die Frauen grundsätzlich um ein Drittel niedriger bezahlt als die Männer. Man bedenke, daß die arbeitende Frau einen ganz besonderen Anspruch darauf hat, durch bequeme öffentliche Einrichtungen für hinreichende und gesunde Ernährung, für Kindererhaltung und Schulfürsorge, von der doppelten Last der Erwerbs- und Hausarbeit entlastet zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind große und schöne soziale Aufgaben erster Ordnung für die aller nächste Zeit. Wir appellieren für ihre Lösung. Nicht an eine oberflächliche Galanterie dieses Männerhauses und der Regierung für die Frauen. Wir appellieren an das Verantwortungsgesühl der leitenden Stellen. Man kann nicht

#### Raubbau mit der Frauenerwerbsarbeit

treiben, wenn man nicht unsere ganze durch den Krieg schwer genug zu erlösende Zukunft aufs Spiel setzen will. Diese Zukunft liegt in den arbeitenden Frauen des Volkes. Wer ihren wirksamen Schutz durch gründliche soziale Vorkehrungen grade jetzt verläßt, der verläßt eine große geschichtliche Aufgabe für Jahrzehnte. Möge die Regierung dieser sozialen Politik eingedenk sein, auch wenn dieses Haus sie nicht mehr daran erinnern kann. Der schöne Optimismus des Herrn Reichskanzlers, den wir heute an dieser Stelle beifällig aufgenommen haben, kann nur dann eine dauernde Wirkung ausüben, wenn er sich umfängt in entschlossene politische und soziale Taten für die schwer schaffenden Volksmassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Haushalt des Innern wird bewilligt. Die Entschädigung auf Unterstützung der Spielwarenindustrie wird angenommen, ebenso eine solche auf Unterstützung der Futurindustrie.

#### Es folgt der

#### Haushalt des Reichsheeres.

Abg. Stücken (Soz.) betont die Notwendigkeit der Beschaffung von Mitteln zur Vorsehung der Soldaten und ihrer Familien, deren Martrium eine Art stillen Heldentums darstelle. Die Lösung der Mannschaften bedürfe dringend einer Ausbesserung. Die anderen Seite könne man Opferparade erzielen. So habe man oft den Eindruck, daß gewisse Stellen nur geschaffen sind für Agitateure, für die man keine andere Verwendung habe. Die kriegsbedingten Maßnahmen im Heere scheinen abgenommen zu haben, aber sehr viel wird noch gellagt über Mißhandlungen festlicher Art. So sei dem Sohne des Abg. Baubert der Urlaub zum Besuch seiner schwer kranken, inzwischen gestorbenen Frau unter Hinweis darauf verweigert worden, daß er Sozialdemokrat sei. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Bedenklich sei auch die Briefpost für militärische Soldaten. Zu verurteilen sei ferner das Verhalten des sächsischen Kriegsministers, der bei Beschwerden darauf bestete, im Namen des Wehrerziehungs zu erfahren. Bei der Beförderung werde ebenso wie früher, vielfach nach der politischen Gesinnung gefragt. Die Mindesthörsachen des Militärstrafgesetzbuches ständen dem Rechtsbewußtsein des Volkes in scharfem Widerspruch. Wenn der Kriegsminister den vorgetragenen Wünschen nachkomme, würde er sich den Dank aller Soldaten verdienen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cohn-Randhausen (Soz. Arbeitsgem.) weist gleichfalls darauf hin, daß die Mindesthörsachen des Militärstrafgesetzbuches zu hoch sind. Eine große Härte erblide er in der Internierung sogenannter Engländer, die niemals England gesehen haben, sondern in Deutschland geboren sind, deren Eltern aber aus England stammen. Daß für die Erledigung von Reklamationen garnisondienstfähiger Leute die politische Gesinnung ausschlaggebend sei, gebe sich aus den Fällen Preitsch und Weinberg. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Man über einen Gewissenbruch auf die Herze aus, damit sie die politischen Wünsche der militärischen Kommandos erfüllen. (Vizepräsident Dr. Dove ruft den Redner.) Vorgesetzte, Staatsbürger ihrer Freiheit berauben, machen sich einer ehrlichen Schandlung schuldig, die mit Justizhaus bestraft wird. (Redner wird zur Ordnung gerufen.) Seine Partei halte es für ihre Pflicht, unter dem Kriegszustand gegen die Ueberfütterung des militärischen Denks, gegen den Militarismus mit allen seinen Uebeln zu kämpfen. (Beifall bei der Soz. A.)

Stellvertretender Kriegsminister v. Wendt: Die Revision der Kriegsbesoldungsordnung hat nicht Halt gemacht vor den Offizieren. Die scharfen Ausdrücke im Falle Baubert sind unangebracht. Die Offiziere trifft eine Schuld. Der Ausdruck „Sozialdemokrat“ soll keine Beleidigung sein. (Heiterkeit.) er hätte ebenso gut sagen können: er ist nicht jeden Namen wissen kann: „Da der Koffler“. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß kein Uebelwollen vorliegt, geht daraus hervor, daß der Mann vorher vierzehn Tage Urlaub hatte. Die Entlassung der ältesten Bombenleute wird nach Möglichkeit vorgenommen. Eine grundsätzliche Entlassung geht noch nicht an. Die Behauptung des Abg. Cohn, daß die Militärärzte gegen ihr Wissen bei der Dienstbescheinigung ihr Urteil abgeben, muß ich entschieden zurückweisen. (Beifall.) Der Fall des Professors Kiehl liegt so, daß er als Arzt eingezogen war. Seine Äußerung aus Deutschland habe das Völkerverständnis getrieben und werde es zu Antworten haben, führte zu seiner Verurteilung. Seine Bescheidene unangebracht, ferner hat er sich geäußert, den Hakenkreuz zu leihen, deshalb ist er gegenwärtig als Krankenwärter beschäftigt. Auch die sonst von dem Abgeordneten Cohn vorgebrachten Fälle des Dr. Preitsch und des Rechtsanwalts Weinberg hängen mit den angeblichen Militärärzten überhaupt nicht zusammen. Straffe ist die Vorbedingung für unsere Leistungsfähigkeit. Unsere Mißstände sind wesentlich milder als in den feindlichen Ländern. Sächsischer Generalleutnant Kinder: Das sächsische Kriegsministerium geht grundsätzlich allen Beschwerden nach. Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Heereshaushalt wird bewilligt, ebenso ohne Beratung der Flottenhaushalt. Es folgt der Haushalt der Reichsjustizverwaltung.

Abg. Pittmann (Soz. Arbeitsgem.): Die Reform unseres Strafrechts ist nicht länger hinauszuverschieben.

Ein Vertagungsantrag des Abg. Haase findet nicht die genügende Unterstützung.

Bei der Abstimmung bemängelt Abg. Lebedour die Beschäftigung des Hauses. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr: Fortsetzung.

#### Spielplan der Frankfurter Theater.

##### Frankfurter Opernhaus.

Donnerstag, 8. Juni, 7 Uhr: „Die Königin von Saba“. 32. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. Gedächtn. Br.  
Freitag, 9. Juni, 7 1/2 Uhr: „Die Kaiserin“. Auch Abonn. erm. Br.  
Samstag, 10. Juni, 7 1/2 Uhr: „Der Barbier von Sevilla“. 32. Vorstellung im Samstag-Abonn. Gew. Br.

##### Frankfurter Schauspielhaus.

Donnerstag, 8. Juni, 7 1/2 Uhr: „Die Schöne vom Strande“. 32. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. erm. Br.  
Freitag, 9. Juni: Geschlossen.  
Samstag, 10. Juni, 7 1/2 Uhr: „In ebener Erde und erster Etage“. 32. Vorstellung im Samstag-Abonn. kleine Br.

##### Neues Theater.

Donnerstag, 8. Juni, 8 Uhr: „Benison Schöller“. Gew. Br.  
Freitag, 9. Juni, 8 Uhr: (Wohltätigkeitsvorstellung zugunsten des Kriegsinvalidenfonds Wien und des hiesigen österreichisch-ungarischen Hilfsvereins „Austria“. 1. Mal): „Das Fräulein vom Amt“. Operette in 3 Akten von Georg Olshausen und Franz Arnold. Musik von Gilbert. Gew. Br.  
Samstag, 10. Juni, 8 Uhr: „Das Fräulein vom Amt“. Gew. Br.  
Sonntag, 11. Juni, 8 1/2 Uhr: „Herrschafflicher Diener gesucht“. Volkst. Br. — 8 Uhr: „Das Fräulein vom Amt“. Gew. Br.

**Schumann-Theater**  
Nur noch kurze Zeit! 8 1/2 Uhr: „DER LIEBE PEPI“.  
Gastspiel Carl Wallauer.

**GROSS-FRANKFURT**  
Anfang 8 1/2 SPEZIALITÄTEN-THEATER Einlass 7  
3 Blanks, Fanz. u. Gleichgew. Akt Elise Bernried, Klaviervirt. Kap-Gruppe, akrobat. Kunsttr. Betty Wink, Operetten-Engl. und Gräße, die Urmelischen Gebr. Kutterl, Sportakt Hiera Burgo, Gymnast. Neuh. Heinz Saltham, Kraftturner Hans Bischof, der musik. Komiker Elly Schadow, Verw.-Tanz. Loge 1.75, Res. Pl. 1.20, Best. 0.55 u. Militär wochent. halben Eintritt  
Kaffeehaus KUNSTLER-BREITL Kaffeearten

**Stroh-Hüte**  
für Knaben und Mädchen  
**Südwest-Mützen.**  
**Hut-LANGE** nur Fahrgrasse 119  
(Constabler Wache)